GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Industriegesellschaft am Ende - Arbeit abgeschafft? : Frauen und der Geschlechterkampf um Erwerbsarbeit

Nickel, Hildegard Maria

1999

https://doi.org/10.25595/288

Veröffentlichungsversion / published version
Sammelbandbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nickel, Hildegard Maria: *Industriegesellschaft am Ende - Arbeit abgeschafft? : Frauen und der Geschlechterkampf um Erwerbsarbeit*, in: Stolz-Willig, Brigitte; Veil, Mechthild (Hrsg.): Es rettet uns kein höh'res Wesen. Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft (Hamburg: VSA-Verlag, 1999), 9-28. DOI: https://doi.org/10.25595/288.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Brigitte Stolz-Willig/ Mechthild Veil (Hrsg.)
Es rettet uns kein höh'res Wesen
Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft

VSA-Verlag Hamburg

© VSA-Verlag 1999, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Umschlagabbildung: Collage von Mechthild Veil
Druck- und Buchbindearbeiten: Druckerei Runge, Cloppenburg
ISBN 3-87975-748-8

Inhalt

Brigitte Stolz-Willig/Mechthild Veil
Vorwort 7

Perspektiven der Arbeit

Hildegard Maria Nickel
Industriegesellschaft am Ende – Arbeit abgeschafft? 9
Frauen und der Geschlechterkampf um Erwerbsarbeit

Sabine Gensior
Funktionalisierung der Frauenerwerbsarbeit und Armutsrisiken 29
Ein beschäftigungssoziologischer Kommentar

Gudrun Trautwein-Kalms
Qualifizierte Frauen in neuen Arbeitsformen: Erfolge, Rollback – und neue Chancen? 45

Neue Grenzziehungen: Arbeit, Familie und Gesellschaft

Ute Klammer/Christina Klenner
Hoffnungsträger »Dritter Sektor« – neue Arbeit für Frauen? 59

Brigitte Stolz-Willig
Neubewertung der Familienarbeit – Erziehungsgehalt als Perspektive? 94

Sabine Berghahn
Soll der Gesetzgeber in die familiäre Arbeitsteilung eingreifen? 112

Susanne Schunter-Kleemann
Europäische Geschlechterpolitik – tauglich für das 3. Jahrtausend? 138

■ Globalisierung, Sozialstaat und Gender

Marianne Braig
Perspektiven des Sozialen im Globalisierungsprozeß 168

Mechthild Veil
Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterbeziehungen 192
Wie revisionsbedürftig sind feministische Theorien?

Birgit Sauer
»Es rettet uns (k)ein höhr'es Wesen...« 215
Neoliberale Geschlechterkonstrukte in der Ära der Globalisierung

Hildegard Maria Nickel
Industriegesellschaft am Ende – Arbeit abgeschafft? Frauen und der Geschlechterkampf um Erwerbsarbeit

Das seit Mitte der 70er Jahre in allen reifen Industrieländern hohe Niveau der Arbeitslosigkeit wurde ursprünglich von den weltwirtschaftlichen Schocks nach dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton-Woods und der drastischen Erhöhung des Rohölpreises ausgelöst, aber seither mit Verkrustungen des Arbeitsmarkts, mit Produktionsstaus, Wachstumsblockaden und Übertragungsmängeln zwischen Geld- und Güterkreisläufen erklärt. Es führte zu der Vermutung, daß der gesellschaftliche Stellenwert der Erwerbsarbeit radikal abgenommen habe und daß das Ende der Arbeitsgesellschaft gekommen sei.

Der Begriff der Arbeitsgesellschaft wird seither mit dem Vorzeichen der Krise (Mikl-Horke 1997: S. 305) versehen, insofern, »als sich die Anzeichen dafür häufen, daß die förmliche Erwerbsarbeit die subjektive Qualität verliert, organisierendes Zentrum der Selbständigkeit, der sozialen Fremd- und Selbsteinschätzung und der moralischen Orientierung zu sein« (Offe 1984: S. 7). Eine »innere Dynamik der Arbeitsgesellschaft« führe dazu, »daß ihr die Arbeit ausgeht«, und zwar durch die Verkürzung der Lebensarbeitszeit, das Anwachsen der freiwilligen Arbeitslosigkeit und durch die Tatsache der Unterbeschäftigung, so daß »die, die früher nicht arbeiten mußten, ... nun zu denen geworden (sind), die noch arbeiten dürfen, während die, die früher arbeiten mußten, nicht mehr arbeiten können« (Dahrendorf 1983: S. 25ff.).

Die Gesellschaft nimmt »Abschied von der Erwerbsarbeit« (taz vom 29./30.8.98), indem sie die »gesellschaftlich geregelte und sozial eingebettete Arbeit ... systematisch vernichtet« (Gorz 1998). Das ermögliche aber auch den massenhaften Austritt aus der »Erwerbsgellschaft« und, da Beschäftigung kein Ziel an sich sei, »kann die Diskontinuität der Berufsarbeit für alle zu einer Quelle eines äußerst reichen, kreativen und freien Lebens werden« (Gorz 1998).

Holt also der Sozialismus den Kapitalismus klammheimlich doch noch ein, und wird Marxens Vision vom Kommunismus hinterrücks schon heute zur gelebten Wirklichkeit? Was ist dran am Gerede vom »Ende der Arbeitsgesellschaft«, das für die einen die »glücklichen Dörfer der Zukunft« meint, das »Tätigkeiten-Portfolio« mit Wahlmöglichkeiten der Kombination verschiedener Erwerbs- und Nichterwerbstätigkeiten; für die anderen aber der Inbegriff von gesellschaftlicher und individueller Krise ist? Und warum geht – trotz lockender Bilder – die »Erwerbsneigung« der Frauen nicht zurück?

Mit dem Begriff der Arbeitsgesellschaft, der von einigen Sozialwissenschaftlern im Zuge dieser Diskussion bereits über Bord geworfen wurde, verbindet sich bis heute das Wissen darum, daß Erwerbsarbeit im Zuge der Industrialisierung zur zentralen Instanz geworden ist, die über Lebenschancen entscheidet. Materieller Status und gesellschaftliches Prestige einer Person hängen seither von ihrer Erwerbsposition ab, mehr noch: Auch soziale Rechte und politische Bürgerrechte sind an Erwerbsarbeit rückgebunden.

Doch just in dem Augenblick, da Frauen nach diesem Zauberstab greifen, wird der Wert und die Bedeutung von Erwerbsarbeit demontiert, und Frauenerwerbsarbeit selbst wird in diesem Zusammenhang funktionalisiert und argumentativ instrumentalisiert: In der tagespolitischen Debatte stilisieren die einen die Frauen zur neuen Leitfigur von Arbeit, die »Lebensunternehmerin« repräsentiere die Zukunft, denn Frauen seien in jeder Hinsicht besser auf das nachindustrielle Zeitalter vorbereitet, sie hätten besser als Männer gelernt, mehrere soziale Funktionen miteinander zu verbinden und das »Tätigkeiten-Portfolio« zu verwalten. Für andere ist Frauenerwerbsarbeit, wenn nicht Verursacher, so doch gravierender Verstärker der Krise der Arbeitsgesellschaft.

Die Zukunft liegt im Heute: Empirische Realitäten aus dem Diesseits der Bundesrepublik Deutschland

Problemdruck[1]

Die Bundesrepublik befindet sich in einer Krise, und zwar nicht aufgrund läßlicher »Krisenrhetorik«, die die Krise angeblich geradezu herbeiredet, sondern aufgrund eines zunehmenden Problemdruckes »auf allen Ebenen des Gemeinwesens und in den meisten Sektoren des öffentlichen Lebens«

[1] Diese Argumentation liegt auch dem von mir verfaßten Beitrag »Der Transformationsprozeß in Ost- und Westdeutschland und seine Folgen für das Geschlechterverhältnis«, in: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B51/97 zugrunde.

(Kaufmann 97, 16) einerseits und einer blockierten Innovationskraft der politischen Klasse andererseits. Ob die neue Bundesregierung die Kraft hat, diesen Problemdruck produktiv aufzulösen, wird sich erst noch zeigen.

Die beiden Komponenten der Krise lassen sich genauer bestimmen: Erstens ist als längerfristiges Ergebnis des ökonomischen Strukturbruchs Mitte der 70er Jahre festzuhalten, daß das Wirtschaftswachstum hinter dem hohen Tempo der Produktivitätsentwicklung zurückbleibt. Bei der sich seither von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus aufbauenden Arbeitslosigkeit gerät der Zusammenhang von gesellschaftlicher Reichtumsakkumulation und sozialstaatlicher Umverteilung aus den Fugen. Es sei ausdrücklich betont, daß wir es (nur) mit einer Verlangsamung der Akkumulation als Ursache für die Zuspitzung der Umverteilungskonflikte zu tun haben und keineswegs mit einem realen Rückgang der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion. Die Bundesrepublik ist offenbar seit dem Auslaufen des Vereinigungsbooms 1992/93 und dem Wiedereinschwenken in den Verlauf des Weltmarktzyklus in eine Phase leichter Erholung mit allerdings stagnativer Grundtendenz eingetreten. Eine Bereinigung der Krise im langfristigen Strukturwandel und die erfolgreiche Transformation der ostdeutschen Wirtschaft stehen noch aus (Vgl. Hüning/Nickel 1996, S. 297-346).

Zweitens führt(e) bisher diese Überlagerung verschiedener wirtschaftlich-sozialer Konfliktdimensionen die Bundesrepublik auch politisch nicht aus der stagnativen Phase heraus. Die politischen Eliten waren lange Zeit nicht in der Lage, eine gesellschaftlich akzeptierte und tragfähige Steuerung des Strukurwandels (Tertiarisierung) durchzusetzen. So kommt es einerseits auf der neokonservativen Seite zu einer aggressiven Verteidigung der marktregulierten Grundstrukturen der kapitalistischen Gesellschaft, die – als Radikalität von rechts – allein die Ökonomie zum Zentrum hat (Giddens) und sich weitgehend gleichgültig zu den sozialen Institutionen wie Familie, Kirchen, Bildung, Wissenschaft, Kultur etc. verhält. Dem steht auf der politischen Linken eine Position gegenüber, die auf Bewahrung bedacht ist, die den Sozialstaat zu schützen sucht und nicht die Kraft hat, neoliberale Positionen im eigenen Haus in die Minderheit zu drängen sowie Wege zu einer Stärkung von Realinvestitionen vorzuschlagen. Beide Positionen haben Neigungen zum Fundamentalismus und blockier(t)en sich wechselseitig, intellektuell wie politisch.

Gleichwohl hatte trotz dieser Blockade der neoliberale Umbau der Bundesrepublik längst eingesetzt. Er erstreckte sich auf drei Ebenen: Es ging zum einen um die Absenkung der Arbeitseinkommen, die Vergrößerung der Einkommensunterschiede und um eine konsequente Flexibilisierung der Arbeitskraft; es ging zum zweiten infolge der Absenkung der Arbeitseinkommensquote und der massiven Herausbildung von prekären Beschäfti-

gungsverhältnissen um eine Neuorganisation des Systems der sozialen Sicherheit; drittens sollte dessen Umbau möglichst zügig – aber ohne Zerstörung der Legitimationsgrundlagen der politischen Demokratie – ins Werk gesetzt werden.[2]

Geschlechterordnung: Teil des Problemstaus

Das Geschlechterverhältnis (i. S. »gender system«, »Geschlechterordnung«)[3] und die Lage von Frauen (und Kindern) sind Paradigmen für die Krise der Bundesrepublik, und zwar nicht nur insofern, als der Sozialabbau in die unmittelbaren persönlichen Beziehungen durchschlägt und Frauen (und Kinder) seine Folgen als erste zu spüren bekommen. Vielmehr hat die Synchronität sozialer Ereignisse und die Tatsache, daß die Strukturkrise mit der Krise bzw. »Erosion« der »alten« Geschlechterordnung zusammenfällt, einen enormen »Verstärkereffekt«: Der »Problemstau« verschärft sich auf dramatische Weise (wie sich z.B. an der zunehmenden Kinder- und Jugendarmut in der Bundesrepublik zeigt), ohne daß er allerdings automatisch Lösungsstrategien im Sinne einer neuen demokratischen Geschlechter- und Generationenordnung hervorbringt.[4]

Die »alte« Geschlechterordnung war mit der Vorstellung verbunden, der Mann solle als »Ernährer« fungieren und durch einen ausreichenden Lohn »seine« Frau und »seine« Kinder unterhalten können. Diese Geschlechterordnung bestimmte die Sozialpolitik der Bundesrepublik (wie der meisten Wohlfahrtsstaaten) über einen langen Zeitraum, mehr noch, dieses Modell ist in die geschlechtlichen Verteilungsstrukturen bis heute tief eingeschrieben (und auch eine Ursache für die wachsende Kinderarmut).

Dennoch begann mit dem Ausbau des Wohlfahrtssystems in der Bundesrepublik sukzessive auch ein gegenläufiger Prozeß:

---

[2] »Die privatkapitalistische Marktökonomie erscheint nur in dem Maße legitim, als die durch sie permanent hervorgebrachten Risiken und tendenziell steigenden ökonomischen Ungleichheiten und negativen Effekte in den Zusammenhang einer moralischen Ökonomie eingebettet bleiben, welche die Beteiligung der Gesamtbevölkerung an den Vorteilen dieser Wirtschaftsform im Sinne einer verallgemeinerten Gegenseitigkeit (man kann auch sagen: Solidarität – der Verf.) sicherstellen.« (F.X. Kaufmann, Herausforderungen des Sozialstaates, 1997: S.141)

[3] Dazu ausführlicher Birgit Sauer (1996), Birgit Pfau-Effinger (1996), Hildegard Maria Nickel (1998)

[4] Daß die Bundestagswahlen 1998 von den Frauen entschieden worden sind, sie also den Regierungswechsel herbeigeführt haben, ist deutlicher Ausdruck dafür, daß insbesondere Frauen die neoliberale Politik des marktradikalen Abbaus von Arbeit und Sozialleistungen nicht mehr bereit waren hinzunehmen.

Um die Härten des Marktes abzupuffern, wurden schrittweise Sicherungsleistungen verschiedenster Art eingeführt und ausgebaut (Sozialhilfe, Ausbildungshilfe, Wohngeld etc.) und der bzw. die einzelne wurde unabhängiger von der Familie. Die Logik individueller Lebensentwürfe wurde gefördert, auch bezogen auf Frauen. Wachsende Scheidungszahlen und die Zunahme von Single-Haushalten in der Bundesrepublik zeigen mit aller Deutlichkeit die Fragilität der alten Geschlechterordnung. Frauen wurden sukzessive aus traditionalen Bindungen freigesetzt, tradierte Geschlechterrollen begannen sich aufzulösen, und die patriarchalisch strukturierte Familienform wurde in Frage gestellt. Frauen drängen – und zwar primär aus Gründen ihrer Existenzsicherung – zwangsläufig auf den Arbeitsmarkt, finden sich allerdings nur zu einem geringen Teil in seinem formellen Sektor wieder: »Das Krachen im Gebälk der Wohlfahrtsstaaten hat auch mit ... dem Ausmaß der informellen Erwerbsarbeit ... (und) geringen Einkommen, die Frauen auf dem formellen Arbeitsmarkt erzielen«, zu tun (Rowhain-Emmemoser 1997). Das Bild von der »Lebensunternehmerin« als dem Modell von künftiger Arbeit ist – vorsichtig gesagt – schön gezeichnet, denn auf diesen Zusammenhang zwischen Arbeit und Einkommen geht es gar nicht erst ein.

Der gesellschaftliche Grundkonsens der Nachkriegszeit beruhte bis zum Ende der 70er Jahre auf einem nicht fixierten, aber gelebten Gesellschaftsvertrag, dem die Idee zugrunde lag, alle Gesellschaftsmitglieder »sozialpartnerschaftlich« am wirtschaftlichen Wachstum zu beteiligen. Die Politik griff – die soziale Ungleichheit nicht aufhebend, aber doch ausgleichend – regulierend in die Sozialstruktur der Gesellschaft ein, wobei emanzipatorische Interessen in bestimmtem Maße Spielraum gewannen. Dies war auch die schmale materielle Grundlage für eine Vielzahl emanzipativer Schritte, die Frauen in der Bundesrepublik seit Mitte/Ende der 60er Jahre gingen.

Aufgabe des Sozialstaates war es, Umverteilungen zugunsten der nicht erwerbstätigen Bevölkerungsteile vorzunehmen und Dienstleistungen anzubieten, die zuvor wesentlich in privaten Händen – also in der Familie – lagen. Diese sozialstaatliche Vermittlung hat ohne Zweifel Freiräume für Frauen geschaffen. Zunehmende Erwerbstätigkeit und auch staatlich gestützte ökonomische Eigenständigkeit (z.B. durch Bafög) haben eine breite soziale und kulturelle Teilhabe großer Bevölkerungsschichten am Volkswohlstand ermöglicht. Diese sozialstaatlichen Rahmenbedingungen haben eine Zurückdrängung der Familie als ökonomisches Umverteilungszentrum bewirkt. In bescheidenem Maße wurden Ungleichgewichte und Benachteiligungen in der Verteilung der Primäreinkommen ausgeglichen. Dagegen trieb die Politik der Modernisierung des Produktionsapparates seit Beginn der 80er Jahre durch diverse Flexibilisierungs-, Deregulierungs- und andere

Sparmaßnahmen die Unterschiede in der Primärverteilung (Löhne und Unternehmensgewinne) wieder kraß hervor.

»Gleichstellungsvorsprung« und erodierendes männliches Normalarbeitsverhältnis

Der Umbruch der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland ist zweifacher Art: Einesteils bezieht er sich auf die mit der politischen Vereinigung verbundenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Prozesse und ist vornehmlich im Osten, in den neuen Bundesländern zu lokalisieren; andererseits – und das gerät oft aus dem Blick – ist dieser ostdeutsche Umbruch in den lange vor der deutschen Vereinigung einsetzenden gesellschaftlichen Umbauprozeß der alten Bundesrepublik eingelagert. Dieser zweifache Transformationsprozeß verschärft Verteilungskämpfe um knappe Ressourcen, vor allem auch den (Geschlechter-)Kampf um (Erwerbs)Arbeit. Das bekommen ostdeutsche Frauen derzeit besonders hart zu spüren: Zwei Drittel der Arbeitslosen und 70% der Langzeitarbeitslosen sind Frauen. Sie könnten aber auch zugleich diejenigen sein, die den Verteilungskonflikt um Arbeit zuspitzen und den beschäftigungspolitischen und sozialstaatlichen Erneuerungsbedarf mit aller Deutlichkeit sichtbar machen.

Der Frauenerwerbsarbeit kommt bis heute in den neuen Bundesländern ein anderer Stellenwert zu als in den alten. Die DDR hatte auf Gleichberechtigung gesetzt, und zwar durch verallgemeinerte, auf Frauen und Männer gleichermaßen bezogene Erwerbsarbeit und eine die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufsarbeit stützende Sozialpolitik. Das war die Basis für den von westdeutschen Sozialwissenschaftlern eingeräumten »Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Frauen« (Geißler) gegenüber westdeutschen. Demgegenüber bremste die Bundesrepublik den über Erwerbsarbeit sich vermittelnden Individualisierungsprozeß der Frauen – ohne ihn freilich ganz aufhalten zu können – ab, indem sie an dem traditionalen Geschlechtermodell der industriellen Moderne ansetzte und es sozialpolitisch befestigte. Der »Gleichstellungsvorsprung« der ostdeutschen Frauen – vor allem hinsichtlich ihrer Stellung im Erwerbsprozeß – ist bis heute ein irritierendes Spezifikum im deutschen Vereinigungsprozeß.

Meinen die einen, dieses Problem erledige sich durch An- und Einpassung in die altbundesrepublikanischen Verhältnisse und durch Angleichung an diese Art von Moderne von selbst, so sehen andere in dem »Gleichstellungsvorsprung« einen bedrohlichen (Heering/Schroeder), manche allerdings auch einen nicht rückgängig zu machenden generellen Trend (Kreckel), zumal er sich im Sinne steigender Erwerbsquoten von Frauen längst vor der deutschen Vereinigung auch in den alten Bundesländern durchzusetzen begann.

Liegt somit möglicherweise gerade in der doppelten Transformationskrise – die ja längst auch das »männliche Normalarbeitsverhältnis« erfaßt hat – eine Chance zur Demokratisierung des Geschlechterverhältnisses?

In der tagespolitischen und auch wissenschaftlichen Debatte über die sozialen Folgen der Vereinigung erscheinen Ost-Frauen oft als »Modernisierungsopfer« oder »Vereinigungsverliererinnen«, also in Bildern, die für Passivität und »Geschehen lassen« stehen. Auf der symbolischen Ebene reproduzieren sie ein Geschlechtermuster, das die Opferhaltung des weiblichen Geschlechts gleichsam selbstverständlich voraussetzt. Und in der Tat belegt eine Reihe von Fakten – von der zunehmenden weiblichen Langzeitarbeitslosigkeit in Ostdeutschland bis zur Zunahme der Armut von zumeist weiblichen Alleinerziehenden – die Schlechterstellung von Frauen. Das ist also gar nicht zu bezweifeln, ist aber in der Eindimensionalität und Generalisierung zu präzisieren:

Erstens ist die Erwerbsquote von Frauen in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland; 66 v.H. ostdeutschen Frauen übten 1995 eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung aus, in Westdeutschland sind das nur 45 v.H. Frauen. Mit anderen Worten: Für die eigenständige Sicherung der Frauen ist die Lage in Westdeutschland prekärer als in Ostdeutschland (Holst/Schupp/DIW, 28/96).

Zweitens hat der Transformationsprozeß in Ostdeutschland – bei insgesamt vergleichsweise niedrigen Haushaltseinkommen – viele Frauen zu »Haupternährern« ihrer Familien gemacht. In Ostdeutschland liegt das Einkommen der Frauen im Durchschnitt bei knapp 50% des Haushaltseinkommens (in Westdeutschland bei einem Drittel). Mehr noch, die Erwerbsbeteiligung vor allem der Mütter mit jüngeren Kindern ist in den neuen Bundesländern wesentlich höher als im früheren Bundesgebiet.

Drittens führten die Schwierigkeiten des Transformationsprozesses in Ostdeutschland bisher nicht zu der erwarteten Hinwendung zu einem traditionalen Geschlechtermodell. Laut Datenreport '97 meinen immerhin 46% der Westdeutschen, aber nur 33% der Ostdeutschen, eine Frau solle auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt. Die Hälfte der Westdeutschen – gegenüber nur einem Viertel der Ostdeutschen – hält es auch für alle Beteiligten für besser, »wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.« (Datenreport 97: 452).

Mittlerweile zeigt sich allerdings auch, daß trotz aller Selbstbehauptung, Qualifizierungs- und Mobilitätsbereitschaft, die ostdeutsche Frauen an den Tag legen, um ihre Erwerbspositionen zu verteidigen (»Widerständigkeit«), der Verdrängungskampf zu ihren Ungunsten längst in vollem Gange ist. Darüber hinaus haben gewaltige soziale Differenzierungen Platz gegriffen,

die für nicht wenige bedeuten, daß sie trotz beruflicher Arbeit von ihrem Erwerbseinkommen – z.B. im Handel – oft nicht mehr eigenständig existieren können (Hüning/Nickel 1997).

Der Transformationsprozeß in (Ost-)Deutschland ist noch nicht an sein Ende gekommen (Lutz 1996). Er tritt vielmehr in eine neue Phase ein. Dies zum einen, wenn man an die vielfältigen und miteinander verwobenen Gegebenheiten der Wirtschaft, der Infrastrukturausstattung sowie die Lebensbedingungen und Mentalitäten denkt, also an die (sozial-) politischen und kulturellen *»Folgezustände«* (Hradil 1996) der Transformation. Dies zum anderen, wenn man sich vor Augen führt, daß der wirtschaftliche (und soziale) Wiederaufstieg der ostdeutschen Bundesländer ernstlich ins Stocken geraten ist, und daß die augenblickliche Stagnation keine konjunkturelle Atempause, sondern arbeitsmarktseitig ein dauerhaft strukturelles Phänomen ist, d.h. von einer Spaltung des Arbeitsmarktes zu Ungunsten Ostdeutschlands auszugehen ist. Die Wirtschaft in den neuen Ländern befindet sich vermutlich erst am *Anfang einer zweiten und sehr langen Phase des Transformationsprozesses*. Die Startbedingungen für diese zweite Phase sind die Ergebnisse der ersten (Umbruch-)Phase: auf der Aktivseite eine modernisierte technische Infrastruktur und angeglichene Qualifikationspotentiale der Erwerbspersonen, auf der Passivseite eine dramatisch geschrumpfte industrielle Basis mit der Gefahr einer »tertiären Krise« (Zinn).

Zusammengefaßt ergeben sich eine Reihe von Fragen, die im folgenden allerdings auch nicht ansatzweise einigermaßen schlüssig zu beantworten sind:

Ist das momentan zu konstatierende Beharrungsvermögen eines ostdeutschen Geschlechterarrangements und die Widerständigkeit von Ostfrauen gegen die Abdrängung vom Arbeitsmarkt lediglich ein »temporärer Sonderweg«, der sich mit dem Generationenwechsel verwächst und schnell erledigt? Oder ist das »Modell Ost« die »Zukunft West« für Frauen und Männer? Hat in den neuen Bundesländern möglicherweise eine strukturbedingte Feminisierung männlicher Erwerbsbiographien stattgefunden (geringe Einkommen, prekäre Beschäftigung, Scheinselbständigkeit etc.), die eine Angleichung des männlichen »Normalarbeitsverhältnisses« nach unten, also an Frauenbeschäftigung, beinhaltet und das Geschlechterarrangement lediglich in diesem Sinne demokratisiert? Ist vielleicht auch gerade darin – also in der Angleichung nach unten – eine gesamtdeutsche bzw. – europäische Zukunft vorweggenommen?

Die Arbeitsmarktkrise wird – wie Ingrid Kurz-Scherf zu Recht feststellt – politisch für eine grundlegende Neuordnung des Sozialstaates instrumentalisiert: Dabei kommt es zu einer verschärften Segregation der Arbeits- und Sozialbeziehungen. Der darin enthaltene Geschlechtercode ergibt sich schon

daraus, daß immer dann, wenn »unten« gekappt wird, Frauen überdurchschnittlich betroffen sind. Darüber hinaus zielt die Doppelstrategie der Absenkung von Sozialleistungen einerseits – mit der Folge eines erhöhten Zwangs zur Erwerbstätigkeit – und der Absenkung von »Beschäftigungsbarrieren« andererseits – mit der Folge eines erhöhten Angebots an »bad jobs« zu Billigtarifen – nicht in erster Linie auf die industriellen Kernbereiche, sondern auf den Dienstleistungsbereich. Die »Dienstleistungsgesellschaft« beinhaltet u.a. auch die Wiedergeburt einer neuen »Dienstbotenklasse«. Es bedarf keiner prophetischen Gaben, um deren geschlechtsspezifische Struktur vorherzusehen (Kurz-Scherf 1995).

Monika Goldmann hingegen ist weniger pessimistisch und weist darauf hin, daß in den betrieblichen Modernisierungsstrategien zwei Entwicklungslinien auszumachen sind, die höchst unterschiedliche Auswirkungen auf die Organisation der Arbeit und die beruflichen Perspektiven von Frauen haben: »Einerseits gibt es einen personalintensiven Low Tech-Bereich, der im Handel, Hotel- und Gaststättengewerbe, im Reinigungsgewerbe sowie bei den unternehmensbezogenen Hilfsdiensten niedrig qualifizierte Arbeitsplätze mit geringer Entlohnung und vielfach mangelnder sozialer Sicherung überwiegend für Frauen bereithält.« (Goldmann 1997, 161) Andererseits sind davon »die tendenziellen High-Tech-Bereiche im Finanzdienstleistungssektor, in Industrie- und Handelsverwaltungen und bei den qualifizierten unternehmenbezogenen Dienstleistungen (Beratung, Software, Werbung), die hochqualifizierte Arbeitsplätze für Frauen und Männer anbieten und sowohl kunden- als auch mitarbeiterInnenorientiert sind« (Goldmann), zu unterscheiden. Insbesondere der zweite Bereich scheint hinsichtlich seiner Geschlechterstruktur noch ein vergleichsweise offener Gestaltungsbereich zu sein. Stichworte organisatorischer Konzepte des betrieblichen Modernisierungsprozesses sind hier: »Abbau von Hierarchieebenen, Dezentralisierung von Aufgaben und Verantwortung, kundenorientiertes, ganzheitliches Qualitätsmanagement, kooperativer Führungsstil, Teamarbeit in teilautonomen Gruppen, Innovationsfähigkeit bei Produkten und Prozeßablauf und last not least flexible Arbeitszeitmodelle« (Goldmann 1997, 161) – das Festhalten an geschlechtsspezifischer und -hierarchischer Arbeitsteilung könnte bei diesen Anforderungen durchaus dysfunktional werden.

Diesem hier sehr knapp skizzierten Prozeß der »doppelten Transformation« in der Bundesrepublik ist die Macht und Eigendynamik von kulturellen (habituellen und symbolischen) Prägungen – auch hinsichtlich des doing gender – inhärent: Während für die alten Bundesländer das auf der Ebene der Lebenswelten und konkreten Arrangements in Erosion befindliche Modell des männlichen Familien-Ernährers und der weiblichen Familien-Erhalterin noch institutionell dominiert (Krüger 1995), läßt sich für Ostdeutsch-

land ein in Erosion befindliches Vereinbarkeitsmodell konstatieren, das auf der Normalität weiblicher Erwerbsarbeit bsiert, dabei aber die Familienarbeit eindeutig den Frauen zuweist. Es fordert Ost-Frauen die individuelle Vereinbarung von Erwerbs- und Famileinarbeit geradezu ab, stellt man die ostdeutschen Einkommensverhältnisse in Rechnung. Bis heute unterscheiden sich die Beziehungen der Geschlechter in ihrer konkreten Praxis – und zwar in der privaten wie betrieblichen Lebenswelt – noch erheblich.

Die »alte« Geschlechterordnung erodiert, daran ist nicht mehr zu zweifeln, und zwar im Osten wie im Westen. Löst allein das schon männliche Ängste aus, so werden diese momentan dramatisch forciert durch einen parallelen Krisenprozeß: eine sich beschleunigende Erosion des männlichen Normalarbeitsverhältnisses, eine strukturbedingte »Feminisierung männlicher Erwerbsarbeit«. Immer weniger Männer sind in der Lage, Einkommen zu erzielen, von denen Familien existieren können; auch Männer geraten zunehmend in Erwerbssituationen, die bisher mit weiblichen Erwerbsbiographien konnotiert waren: prekäre Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Berufsunterbrechungen usw., usf.

Wie Monika Goldmann gehe auch ich davon aus, daß in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbruchsphase die Entwicklung von Differenzierungen sowie von Mechanismen der Integration und Desintegration so komplex wird, daß die Veränderungen im Geschlechterverhältnis nicht mit Standardextrapolationen beschrieben werden können ... und die Folgen (nicht – H.M.N.) nur in der Sprache von Ausgrenzungs- und Schließungsprozessen thematisiert« (Goldmann 1997, 157) werden dürfen.

Im folgenden will ich daher nicht den Arbeitslosenquoten nachgehen, die – das muß nicht nochmals betont werden – die stärkere Gefährdung von Frauen belegen –, sondern es sollen Beispiele des großbetrieblichen (privaten) Dienstleistungssektors in den neuen Bundesländern grob umrissen werden. Insgesamt geht es nicht nur darum, widersprüchliche Entwicklungslinien des Sektors, in dem die Masse der Frauen zur Zeit beschäftigt ist, aufzuzeigen, sondern es soll auch nach den Potentialen gefragt werden, die der Bereich für die Erwerbsintegration von Frauen mittelfristig bietet. Allerdings ist Euphorie fehl am Platze, zeigen die Befunde doch mit aller Deutlichkeit, daß die bundesdeutsche Arbeitsmarktkrise den Dienstleistungssektor in den neuen Bundesländern mittlerweile voll erfaßt hat und er nicht – jedenfalls zur Zeit nicht – als »Hoffnungsträger für Beschäftigung« gelten kann. Da der Dienstleistungssektor ein außerordentlich heterogenes Erwerbsfeld ist, soll versucht werden, auf einzelne Bereiche etwas genauer einzugehen und entlang ausgewählter Dienstleistungssegmente zu argumentieren (Hüning/Nickel 1997).

Der Dienstleistungssektor – Ein Erwerbsfeld für Frauen

Handel: Trotz Fleiß kein Preis?

Der betriebliche Transformationsprozeß im Einzelhandel ist von einer geschlechtsspezifischen Umstrukturierung auf den internen Arbeitsmärkten begleitet. Wenngleich der Einzelhandel auch 1994 noch mit einem Frauenanteil von 64,2% eine Frauenbranche darstellt (und offensichtlich bleiben wird), ist dennoch der weibliche Anteil an den Erwerbstätigen von 1991 bis 1994 gravierend gesunken. Die Entlassenen – bei insgesamt aber bis 1994 wachsenden Beschäftigungszahlen – aus den ehemaligen DDR-Einzelhandelsinstitutionen waren vorrangig (ältere) Frauen. Demgegenüber wurden in der betrieblichen Aufbauphase (junge) branchenfremde Männer häufiger in ein neues Arbeitsverhältnis übernommen als Frauen. Nur in beschränktem Umfang wurde bei der Restrukturierung von Personal Wert auf die Nutzung von handelsspezifisch qualifizierter und erfahrener Leitungsarbeit gelegt, die 1988 in der DDR in der Branche Handel und Versorgung zu 62% von Frauen wahrgenommen wurde. Vielmehr wurden die ehemaligen betrieblichen Hierarchien »entschlackt« und westdeutsche, zumeist männliche Führungskräfte für das Management eingesetzt. Auf diesem Wege wurden überproportional viele Frauen von Leitungsfunktionen entbunden, und in nur wenigen Fällen gelang es ihnen – nach (auch formal) anerkannten Qualifikationsmaßnahmen -, mittlere Leitungspositionen einzunehmen.

Insbesondere für den Handel gilt, daß Frauen zunehmend in Erwerbspositionen zu finden sind, die keine ausreichende Existenzsicherung mehr bieten. Mit anderen Worten, es wächst auch in Ostdeutschland jene soziale Gruppe von Frauen, die trotz eigener Erwerbsarbeit von Versorgungsleistungen durch Ehemann oder Staat abhängig ist bzw. die in ungeschützte, prekäre Verhältnisse gestellt ist.

Finanzdienstleistungsunternehmen: Frauen auf dem Weg nach oben?

In der *Aufbauphase* hatten ostdeutsche Frauen aufgrund der geschlechtsspezifischen Segregation der DDR-Erwerbsarbeit in Sparkassen, Banken und Versicherungen gute Chancen für die Fortsetzung ihrer Erwerbsarbeit. Sie wurden in der Regel nicht nur nicht entlassen, sondern kamen auch im Rahmen eines Einstellungsbooms im Zeitraum 1990/91 für Personal mit kaufmännischer Ausbildung zum Zuge (Hüning/Nickel 1998).

Die Mehrzahl der Frauen erhielt durch betriebliche *Qualifizierungsoffensiven* eine moderne, dem westlichen Standard des Sektors entsprechende Basisqualifikation. Das eröffnete den Frauen nicht nur Chancen zur Weiterbeschäftigung, sondern höhere Qualifikationen stellten für junge Frauen in dieser ersten Phase eine Brücke für die Aufnahme einer leitenden Tätigkeit

im mittleren Management oder für eine Spezialisierung im Finanzgeschäft dar. So ist bis heute der Frauenanteil in der dritten, vor allem aber vierten Führungsebene (das sind Filialleiterinnen und Gruppenleiterinnen) in den meisten untersuchten Unternehmen in den neuen Bundesländern höher als in den alten.

In der *Konsolidierungsphase*, also ab 1993/94, geraten die Beschäftigten, vor allem Frauen allerdings zunehmend in die Defensive. Und dies aus mehreren Gründen: Der ökonomische und soziale Bedeutungsgewinn der Finanzbranche im Osten Deutschlands schlägt sich in einer Erhöhung des männlichen Bewerberanteils auf Ausbildungsstellen nieder. Personalpolitische Praxis ist, daß männliche Lehrstellenanwärter – nicht selten trotz schlechterer Schulleistungen – in den Auswahlverfahren bevorzugt werden. Darüber hinaus trifft die Wegrationalisierung überwiegend manueller Tätigkeiten vorwiegend niedrig qualifizierte Frauen. Vor allem die älteren von ihnen haben geringe Chancen, über den Erwerb zusätzlicher Qualifikationen ihre Beschäftigungspositionen zu halten. Mit der Auslagerung von Betriebsfunktionen (z.B. EDV) sowie der Verlagerung von bisherigen Zentralfunktionen (z.B. Personal) in die dezentralen Beschäftigungsbereiche sind in der Finanzdienstleistungsbranche Ansätz des oben genannten betrieblichen Modernisierungkonzepts erkennbar. Auch hier werden untere und mittlere Managementebenen der einzelnen Unternehmensbereiche »entschlackt«. Dies könnte sich – sind das doch gerade jene Positionen, in denen Frauen vertreten sind – als eine »Modernisierungsfalle« für karriereambitionierte Frauen erweisen.

Auch in den Finanzdienstleistungsunternehmen manifestiert sich – wie im tertiären Wirtschaftssektor insgesamt – die Ungleichstellung von Frauen in geschlechtstypischen Arbeitszeitmodellen und in der sich weiter öffnenden Lohnschere zu ihren Ungunsten. Dennoch ist für diese Branche momentan noch offen, ob sich der Prozeß der Neustrukturierung von Erwerbsarbeit zugunsten männlicher Beschäftigung so ohne weiteres linear fortschreibt: So befinden sich in den seit Ende 1993/Anfang 1994 nahezu geschlossenen internen Arbeitsmärkten in der Mehrheit, nämlich bis zu ca. 68%, Frauen mit neuerworbenen Basis- und modernen Fach- sowie zum Teil Führungsqualifikationen. Angesichts dieser Tatsache kann einerseits angenommen werden, daß Frauen Chancen haben, sich mittelfristig zu behaupten, ja sogar, daß der Frauenanteil auch an Führungskräften steigen wird. Andererseits ist wegen des avisierten dramatischen Personalabbaus in der Branche ab Ende der 90er Jahre der jetzige »Standortvorteil« der Frauen mehr als labil. Inwieweit Frauen auf diese neuerlichen Strukturveränderungen »widerständig« und gestaltend zu antworten vermögen, ist noch ungewiß, zumal sich die Anforderungen an die zeitliche und räumliche Fle-

xibilität des Einsatzes erhöhen und die Arbeitsstrukturen zunehmend auf eine »ganzheitliche«, »totale« – alle Reserven der Lebenszeit betreffende – Nutzung qualifizierter menschlicher Arbeitskraft zielen.

Auf neuen Gleisen zu »Ent-Grenzungen« im Geschlechterverhältnis? Splitter aus der DB AG

Gegenwärtig erschließen wir uns im Rahmen des durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Forschungsprojekts »Frauen im betrieblichen Transformationsprozeß der neuen Bundesländer. Zu weiblichen Handlungsoptionen in der Finanzdienstleitungs- und Verkehrsbranche« mit dem Unternehmen der *Deutschen Bahn AG* ein personalstrukturell stärker männlich dominiertes Dienstleistungsunternehmen[5] (Hüning/Nickel et al. 1998). Während der weibliche Beschäftigtenanteil in der Deutschen Reichsbahn (DR) zu DDR-Zeiten 32% betrug – die DR also bezüglich ihrer Geschlechterverteilung als »Mischunternehmen« bezeichnet werden konnte – machte der Frauenanteil an der Gesamtbelegschaft im männlich dominierten westlichen Unternehmen der Bundesbahn lediglich 7% aus. Für das seit 01.01.1994 fusionierte und privatisierte gesamtdeutsche Unternehmen DB AG zeichnet sich der Frauenanteil von gegenwärtig gut 15% durch signifikante Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern sowie zwischen den einzelnen Geschäftsbereichen aus. Die starke personelle Präsenz von weiblichen Beschäftigten verdichtet sich insbesondere in den kundenorientierten Service-Dienstleistungen der Bahn mit ihren spezifischen Qualifikations- und Tätigkeitsprofilen.

So unterschiedlich auch die Unternehmensstrukturen der beiden betrieblichen Felder – Finanzdienstleistungsbereich und Verkehrssektor – und die Prozesse der betrieblichen Umstrukturierungen sind, lassen sich doch zwei aufeinander verweisende Entwicklungspfade feststellen (Nickel/Völker/Hüning 1998): Ziel der jeweiligen betrieblichen Transformationsprozesse ist die Neuformierung der Unternehmen als *moderne Dienstleister* mit einer hochspezialisierten, zielgruppenabgestimmten, flexiblen Angebotsstruktur. Dies zeigt sich einmal in einer Philosophie der »maximalen« Kundenorientierung nach außen und dem internen Ausbau der jeweiligen Serviceleistungen; zum zweiten greifen – durch die hiermit verbundenen Spezialisierungen und Neuzuschnitte von Geschäftsbereichen – Prozesse der Effektivierung der Wertschöpfungskette.

---

[5] An dem Projekt arbeiten mit: Hasko Hüning (FU); Michael Frey, Irina Kohlmetz, Iris Peinl, Susanne Völker und die beiden studentischen Mitarbeiterinnen Alexandra Manske und Ulrike Stodt – letztere alle an der HU.

Diese Veränderungen in der Tätigkeitsstruktur und den Arbeitsanforderungen der Beschäftigten gehen einher mit einem bereichsspezifischen Personalabbau einerseits (etwa in den Verwaltungen durch die Ausdünnung von Hierarchieebenen oder durch Rationalisierungen im EDV-Bereich) und dem – gesteuerten – Stellenausbau der personenbezogenen Dienstleistungen andererseits.

Unsere vorläufigen Befunde zur Deutschen Bahn AG unterscheiden sich zunächst allein schon aufgrund der relativ späten Zusammenführung der Unternehmen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Bundesbahn. Die vorgängige Phase der Anpassung der Deutschen Reichsbahn an die Unternehmensstrukturen der Deutschen Bahn, die sich – im Unterschied zum Finanzdienstleistungssektor – in einem massiven Personalabbau zeigte, war zudem eingelagert in die Überführung der Behörde Bahn in ein privatwirtschaftliches Unternehmen mit weitreichenden politischen und strukturellen Konsequenzen für das Gesamtunternehmen. Ebenfalls ist der Modus der Integration der Ost-Beschäftigten ein anderer: Weniger – wie im Finanzsektor der Fall – die Teilnahme an einer unternehmensweiten Qualifizierungsoffensive, die die Funktion einer »Integrationsbrücke« in einer »kollektiven Übergangsphase« hatte, als die Erfüllung vielfältiger, individuell zu lösender Mobilitätsanforderungen (*örtlich* durch den Arbeitsplatzwechsel z.T. nach Westdeutschland, *zeitlich* durch die Anpassung an veränderte Arbeitszeitregelungen und arbeitsinhaltlich durch den Wechsel zwischen unterschiedlichen Geschäftsbereichen) beeinflussen den Verbleib im Unternehmen entscheidend.

Die Untersuchungsergebnisse bei der Deutschen Bahn AG wie auch die bereits abgeschlossenen Projekte im Finanzdienstleistungssektor weisen nach, daß das Merkmal Geschlecht ganz zweifellos noch immer eine zentrale »Platzanweiserfunktion« im Verteilungskampf um Erwerbsarbeit hat, vor allem im Kampf um Einkommen und (Führungs-)Positionen. Zugleich markieren sie aber auch neue, geradezu enorm expandierende Differenzierungen und Hierarchien innerhalb der Gruppe der Frauen.

Im Zuge der Transformation und der »marktorientierten« betrieblichen Reorganisation der Deutschen Bahn AG beispielsweise kommt es zu neuen Anforderungen an die individuelle Lebensführung, zu Veränderungen in der Art und Weise des Arbeitens und der Verknüpfung von betrieblichem und außerbetrieblichem Leben. Stichworte sind: Verdichtung der Arbeitsabläufe, Mobilitäts- bzw. Flexibilitätsbereitschaft; Kooperation und Konkurrenz; SelbstuntemehmerInnentum und »Dienstleisten«; soziale Kompetenz und individuelle Ressourcenoptimierung usw. usf.

Dienstleistungsarbeit – häufig als Sackgasse oder bad job beschrieben – ist in dem Unternehmen keine periphere, mit geringem Lohn und Sozial-

prestige verbundene Tätigkeit, sondern zentraler Bezugspunkt der betrieblichen Modernisierung. Ein Großteil dieser Arbeitstätigkeiten ist in den Segmenten des direkten Kunden(beratungs)dienstes bzw. in den unternehmensinternen, marktorientierten Austauschbeziehungen angesiedelt. Sie werden eher Frauen als Männern zugeschrieben und übertragen. Damit verbinden sich Chancen für die Verstetigung qualifizierter Frauenerwerbsarbeit einerseits und Risiken neuer Grenzziehungen zwischen den Geschlechtern (dazu ausführlicher Hüning/Nickel et. al. 1998) andererseits.

Differenzierungen innerhalb der Gruppe der Frauen machen sich – *zumindest auf den ersten Blick* – zunehmend entlang der »Kinderfrage« fest. Die arbeitszeitlichen Anforderungen sind dichter, flexibler und individualisierter geworden, die »Normalarbeitszeit« – insbesondere bei der Deutschen Bahn AG, aber auch in anderen Dienstleistungsunternehmen – ist höchst differenziert. Die (weiblichen) Beschäftigen arrangieren sich – um ihre Arbeitsstelle erhalten oder auch verbessern zu können – zwar mit zeitlichen Einschränkungen in außerbetrieblichen Lebensbereichen, insbesondere aber dann, wenn sie versorgungsbedürftige Kinder haben, wird dieses Flexibilitätsarrangement häufig überdehnt, mit dem Effekt, daß diese Frauen anscheinend »freigesetzt« werden oder worden sind. Die befragten Frauen unseres Samples – die bei der Deutschen Bahn AG noch beschäftigt sind, zumeist sogar im Schichtdienst – bauen ihre außerbetrieblichen Zeitanforderungen allerdings zumeist mit bemerkenswerter Gelassenheit und Routine um ihre hochindividualisierte Arbeitszeit herum, nicht umgekehrt.

Das macht individuelle Synchronisations- bzw. Koordinationsleistungen notwendig, die nicht zwangsläufig und gleichmäßig vorhanden sind. »Wandelmanagement« haben wir diese soziale extrafunktionale Qualifikation bzw. Kompetenz genannt. Damit ist ein spezifisches Koordinationsvermögen gemeint, das auf die aktive Leistung, verschiedene Tätigkeiten und Lebensbereiche zu einem kohärenten und konsistenten Ganzen zusammenfügen zu können, verweist und das »Synergieeffekte« freisetzt. Es wird als eine »individuelle Ressource« begriffen, die eine Qualifikation im betrieblichen Flexibilisierungprozeß ist. Ob Ost-Frauen aufgrund habitualisierter Vereinbarkeitserfahrungen tatsächlich generell in stärkerem Maße darauf zurückgreifen können, muß sich erst noch zeigen. Allerdings bestätigen die bisherigen Befunde nochmals, daß ostdeutsche Frauen immer noch auf ein spezifisches Wissen bei der Bewältigung neuer Zeitanforderungen zurückgreifen können; Routinen, die eine Ressource bei der Verarbeitung des Anpassungsdruckes darstellen.

Mittlerweile zeigen andere Analysen (SOEP) deutlicher, was die eigene Untersuchung bisher eher vermuten läßt: Nicht die Tatsache, daß Frauen Kinder haben, ist die *ursächliche* Erklärung für ihre zunehmende Exklusion

aus der Erwerbsarbeit, sondern die »Kinderfrage« wird zur Plausibilisierung und nachträglichen Legitimation des Schließungsprozesses benutzt (Zukunftsbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung 1998). Exklusion bzw. Inklusion entscheidet sich vornehmlich über Qualifikation. Entlang der formalen Qualifizierungslinie findet ein Verdrängungsprozeß unter (ostdeutschen) Frauen statt, der längst nicht hinreichend thematisiert und erforscht ist.

Gestaltungsalternativen

Arbeit im tertiären Sektor

Die Bundesrepublik hat einen überdurchschnittlichen Anteil industrieller Produktion und einen vergleichsweise unterentwickelten Dienstleistungssektor (OECD 1994). Leitbild für Zukunftsinvestitionen und für eine Politik der tendenziellen Herstellung von moderner Vollbeschäftigung für Frauen und Männer – und genau darum muß es gehen – kann nach Lage der Dinge nur eine Umverteilung und Umstrukturierung von Erwerbsarbeit sein: weniger – auch wochen- und lebenszeitlich –, aber hochqualifizierte, humanere und ökologische Industriearbeit und mehr intelligente sozialkulturelle Dienstleistungsarbeit.

Das schließt einen an diesen Prämissen sich orientierenden Umbau der Verteilungsverhältnisse zugunsten »nicht produktiver Sektoren« der Volkswirtschaft und damit zugunsten von Frauen ein. Die Gesellschaft muß sich also auf einen neuen Gesellschaftsvertrag einer rationalen Verteilung des durch die Produktivitätssteigerung enorm gewachsenen Nettoprodukts verständigen. Das ist keine leicht zu lösende Aufgabe für die Politik: Die mit einer solchen Orientierung notwenig verbundenen Einkommens- und Investitionsumverteilungen verlangen sozialen Konsens, neue Formen zivilgesellschaftlicher Kompromißsuche und einen demokratischen »Brückendiskurs« zwischen den Geschlechtern.

Eine einfache Neuauflage des bekannten Musters der an das (männliche) Normalarbeitsverhältnis gebundenen Vollbeschäftigung der Nachkriegskonstellation wird es nicht mehr geben, zumal Frauen nur bedingt daran partizipieren konnten. Dennoch bleibt eine neue Art von Vollbeschäftigung die zentrale strategische Aufgabe der Zukunft: Jedes Mitglied der Gesellschaft muß über ein selbsterwirtschaftetes und seine eigene Existenz sicherndes Einkommen verfügen können, ein Einkommen, das sich auf eine nützliche und öffentlich anerkannte Arbeit stützt. Die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit ist die Schlüsselfrage für die Zukunft der Geschlechter- und Generationenverhältnisse in Europa und in der Bundesrepublik, und zwar in Ost und West!

Der langfristige tertiäre Strukturwandel ist Ausdruck der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Produktivitätspotentiale. Der damit verbundene Trend zur Verringerung der Arbeitsplätze im industriellen Sektor ist nicht umkehrbar. Relativ offen ist jedoch die Frage nach dem weiteren Tempo dieses Strukturwandels und nach seinen sozialen Kosten bzw. nach seinen Beschäftigungseffekten. Weitere Fehlentwicklungen sind unvermeidbar, bleibt der Strukturwandel weitgehend der marktradikalen Regulierung ausgesetzt. Demgegenüber hätte *ein wirtschafts- und beschäftigungspolitisch geleiteter Ausbau des Dienstleistungssektors* den Vorteil, daß infolge geringerer Kapitalintensität sowie niedrigerer Durchschnittsproduktivität (mit Ausnahme der unternehmensbezogenen Dienstleistungen) die Aufwendungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze deutlich niedriger liegen als für einen Industriearbeitsplatz.

Die eingangs angedeutete Problematik der Auseinanderentwicklung von beschleunigter Produktivität und verhaltenem Wirtschaftswachstum bekommt hier ihr Gewicht: Es muß um eine relative Verlangsamung der Produktivitätsentwicklung als Bedingung für eine Ausweitung der Beschäftigung gehen und zwar in dem Sinne, daß ein forcierter Ausbau des (insbesondere sozialkulturellen) Dienstleistungssektors tatsächlich die gesamtwirtschaftliche Steigerung der Durchschnittsproduktivität absenkt und somit per saldo zu einem höheren Beschäftigungsniveau führt. Damit würde sich kein Königsweg, aber ein Weg neben anderen (Arbeitszeitverkürzung etc.) eröffnen, um zu einem neuen, stabilen ökonomischen Fundament zu kommen, das den Individuen einesteils eine eigenverantwortliche und nicht einfach nur alimentierte Lebensführung ermöglicht, und das zugleich andernteils erlaubt, die Systeme der sozialen Sicherung unter den Bedingungen einer insgesamt hohen Produktivität umzubauen.

Familie als »schlanker Betrieb«?

Der zweite Gesichtspunkt, aus dem politischer Handlungsbedarf resultiert, ist folgender:

Zwar wurde auch die Familie der prosperierenden sozialstaatlichen Ära als »natürliches« Zentrum der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums begriffen, doch ging ihre Bedeutung als eigenständige ökonomisch-soziale Einheit zurück. Die direkte Abhängigkeit von der Familie wurde relativiert, und ihre patriarchale Struktur lockerte sich tendenziell auf, so daß die Beseitigung der über die Familienverhältnisse vermittelten weiblichen Diskriminierung denkbar erschien.

Dieser Prozeß ist durch die Krise des Sozialstaates und die neoliberalen Versuche ihrer Überwindung abgebrochen worden. Allerdings ist es zu einfach, schlichtweg von einer rückwärtsgewandten Familienideologie der 90er

Jahre zu reden. Die neoliberale »modernisierte« Familien- und Frauenpolitik steht unter dem Motto: Jede Frau kann frei wählen, wie sie ihr Leben gestaltet. Diese Position hat durchaus Attraktivität und Anziehungskraft entfaltet und breite Resonanz gefunden. Leitbild ist der/die unabhängige Einzelne als Leistungsträger sowie die Familie als freie Assoziation eben dieser Leistungsträger. Die Familie erfährt damit »unter der Hand« eine ökonomische Wiederaufwertung im Bereich der Primäreinkommen.

Dieses Konzept ist in die Deregulierung und Zurückschneidung sozialer Verteilungsverhältnisse seit 1982 eingepaßt: Wenn Frau es nicht schafft, sich auf dem Arbeitsmarkt karriereorientiert durchzusetzen und/oder es ihr nicht gelingt, sich mit dem »richtigen« männlichen Partner zusammenzutun, so stehen für sie (und ihre Kinder) nur »verschlankte« Rechte auf Umverteilung und auf solidarische Hilfe bereit. Die neokonservative Antwort – Kopie und Transformierung ökonomistischer, betriebswirtschaftlicher Strategien auf sämtliche gesellschaftliche Sphären – ist die Deregulierung der Sozialverhältnisse und der Ruf nach einer vermehrten Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung des einzelnen Individuums. Das von »Sozialballast«, »Ansprüchen« und »Mißbrauch« befreite, entfesselt kämpfende Individuum, das als vereinzeltes Subjekt auch im Erwerbsprozeß weiblich sein darf, ist gefragt. Die sozialwissenschaftliche Ungleichheitsforschung belegt nun allerdings empirisch: Eine Versöhnung der Lebensbereiche, d.h. der Erwerbs- und Familiensphäre, trat bisher nicht ein, die Spaltung und Polarisierung der Lebenschancen von Männern und Frauen ist nicht aufgehoben, und unter Frauen vertiefen sie sich sogar eher. Eine zweite zentrale Aufgabe ist daher die »familienfreundliche« Umverteilung von Erwerbsarbeit.

Statt hierarchischer Geschlechterbeziehungen und arbeitsmarktinduzierter Ausgrenzung: Integration

Allerdings – soviel ist sicher – wäre der moralische Appell an die Geschlechtersolidarität nicht nur eine falsche Hoffnung, sondern als politische Forderung auch das falsche Signal, denn »die Gleichstellung von Männern und Frauen ist nicht in den institutionellen Strukturen zu schaffen, die die Ungleichstellung von Männern und Frauen voraussetzen« (Beck 1986). Der Rollentausch wäre nur ein »Austausch von Ungleichheit«. Die gesellschaftlichen Strukturen sind das Problem, und diese wiederum sind das vornehmliche Handlungsfeld der Politik. Was dringend erforderlich zu sein scheint, ist eine »Neudefinition von privat und öffentlich und damit zugleich eine Neuverteilung von notwendigen Gemeinschaftsaufgaben zwischen den Geschlechtern« (Scheffer-Hegel/Leist, 38).

Es kommt – so richtig die Forderung ist – aber nicht nur darauf an, private Betreuungs- und Erziehungsleistungen als öffentliche Leistungen anzuer-

kennen und zu unterstützen. Angesichts der von Grund auf gewandelten Lebensmuster von Frauen ist auch dafür Sorge zu tragen, daß der Wegfall des Teiles der weiblichen Lebenszeit, der heute nicht mehr den »Familienpflichten« gewidmet sein kann, durch einen entsprechenden Zuwachs an väterlicher Fürsorge und Zeit ausgeglichen wird« (Scheffer-Hegel/Leist, 38). Schließlich gilt es vor allem auch, bezahlbare öffentliche Angebote zur Kinder-, Kranken- und Altenpflege bereitzustellen. Es muß – wie die Ergebnisse aus den neuen Bundesländern zeigen[6] – insgesamt verstärkt um die offensive Gestaltung sozialer Integration und Kohäsion durch eine entsprechende Arbeitsmarktpolitik gehen. Wenn es nachweislich gerade nicht familienbedingte, sondern vornehmlich arbeitsmarktinduzierte Effekte sind, die Frauen aus dem Erwerbsprozeß dauerhaft hinauskatapultieren, dann muß an dieser Stelle politisch angesetzt werden, und zwar gerade nicht mit Angeboten, die den Abdrängungsprozeß weiter forcieren, sondern durch Rahmenbedingungen, die Familie und Erwerbsarbeit für Frauen *und* Männer lebbar machen.

Literatur

Beck, Ulrich (1986), Risikogesellschaft, Frankfurt/Main

Dahrendorf, Ralf (1983), Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht, in: J. Matthes (Hrsg.), Krise der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt/New York

Datenreport 97, Statistisches Bundesamt, Bonn

Geißler, Rainer (1992), Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen

Goldmann, Monika (1997), Globalisierungsprozesse und die Arbeit von Frauen im Dienstleistungsbereich. In: Altvater, E./Haug, F./Negt, O. u. a. (Hrsg.): Turbokapitalismus, Hamburg

Gorz, André (1998), Arbeit zwischen Elend und Utopie, Frankfurt/Main

Heering, Walter/Schroeder, Klaus (1996), Zur Entwicklung der Frauenbeschäftigung in Ostdeutschland. In: Deutschland Archiv 3

Holst, E./Schupp, J. (1996): Erwerbstätigkeit von Frauen in Ost- und Westdeutschland, In: DIW-Wochenbericht Heft 28/96, S. 461-469

Hradil, Stefan (1996), Die Transformation der Transformationsforschung, In: Berliner Journal für Soziologie 3/1993, S. 266-303

Hüning, Hasko/Nickel, Hildegard Maria (1996), Großbetriebliche Dienstleistungen. Rascher Aufbau und harte Konsolidierung. in: Lutz/Nickel/Schmidt/Sorge (Hrsg.), Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe, Opladen

[6] Transformationsprozesse in Deutschland: Geschlechterverhältnisse – Frauenerwerbsarbeit – Familienstrukturen in den neuen Bundesländern.. In: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit, Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn: Dietz 1998

Hüning, Hasko/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.) (1998), Finanzmetropole Berlin. Strategien betrieblicher Transformation, Opladen

Hüning, Hasko/Nickel, Hildegard Maria et al. (1998), Transformation – Betriebliche Reorganisation – Geschlechterverhältnisse, Themenschwerpunkt Zeitschrift für Frauenforschung Heft 1+2/98, S. 5-94

Kaufmann, Franz-Xaver (1997) Herausforderungen des Sozialstaates, Frankfurt/Main

Kreckel, Reinhard (1995), Makrosoziologische Überlegungen zum Kampf um Normal- und Teilzeitarbeit im Geschlechterverhältnis, in: Berliner Journal für Soziologie 4/95

Krüger, Helga (1995), Dominanzen im Geschlechterverhältnis: Zur Institutionalisierung von Lebensläufen. In: Becker-Schmidt, Regine/Knapp, Gudrun-Axeli (Hrsg.). Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften, Opladen

Kurz-Scherf, Ingrid (1995), Arbeit – ein knappes Gut? in: Zeitschrift für Frauenforschung 1+2/95

Lutz, Burkhart (1996): Einleitung. In: Lutz, Burkhart/Nickel, Hildegard Maria/Schmidt, Rudi/Sorge, Arndt (Hrsg.): Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe, Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland. Opladen

Mikl-Horke, Gertraude (1997), Industrie- und Arbeitssoziologie, München/Wien

Nickel, Hildegard Maria (1998), Zurück in die Moderne? Kontinuitäten und Veränderungen im Geschlechterverhältnis. In: Funkkolleg Deutschland im Umbruch, Studienbrief 5, Tübingen

Nickel, Hildegard Maria/Völker, Susanne/Hüning, Hasko, (1998), Chancenstrukturen weiblicher Erwerbsarbeit: Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung Bulletin Nr. 16, Berlin

Offe, Claus (1984), Arbeitsgesellschaft. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt/New York

Pfau-Effinger, Birgit (1996) Analyse internationaler Differenzen in der Erwerbsbeteiligung von Frauen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3/91996, S. 462-492

Rowhain-Ennemoser, Inge (1997), Die Folgen sind für Frauen katastrophal und existenzbedrohend, in: FR 7.04.97, S. 11

Sauer, Birgit (1996) Transition zur Demokratie? Die Kategorie »Geschlecht« als Prüfstein für die Zuverlässigkeit von sozialwissenschaftlichen Transformationstheorien. In: Kreisky, Eva (Hrsg.) Vom patriarchalen Staatssozialismus zur patriarchalen Demokratie, Wien

Schaeffer-Hegel, B./Leist, A. (1996): Sozialer Wandel und Geschlecht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 42/96

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit, Bericht der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1998